

**Berlin muss
wehrhaft sein –
für Deutschland,
für Europa,
für unsere Freiheit.**

**Beschluss
der CDU-Fraktion Berlin
4. Juli 2025**



Berlin muss wehrhaft sein – für Deutschland, für Europa, für unsere Freiheit.

Die sicherheitspolitische Lage in Europa und der Welt hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend verändert.

Lange galt Frieden auf unserem Kontinent als selbstverständlich gesichert. Nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Ende des Kalten Krieges herrschte die Meinung, dass Dialog, Handel und internationale Institutionen ausreichen würden, um dauerhafte Stabilität zu sichern, vor.

Spätestens seit dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 ist klar: Frieden und Freiheit sind keine Selbstverständlichkeiten. Europa ist in eine neue sicherheitspolitische Realität eingetreten.

Der russische Angriffskrieg bleibt die größte militärische Bedrohung für Europa. Doch auch andere Entwicklungen verschärfen die Lage:

- **China** strebt eine neue geopolitische Weltordnung an, unterstützt Russland wirtschaftlich und droht mit der gewaltsamen Annexion Taiwans.
- **Iran** bedroht durch Angriffe und Stellvertreterkriege Israel und den Nahen Osten und bedroht durch Terrorfinanzierung auch europäische Sicherheitsinteressen.
- **Afrikanische Krisenregionen** verursachen Migrationsbewegungen und geopolitische Spannungen, die auch Europa betreffen.
- **Russlands** Missinformationskampagnen spalten die Gesellschaft und lähmen Europas Handlungsfähigkeit

Frieden ist kein Naturgesetz – er muss verteidigt, gestaltet und gesichert werden.

Deutschland steht dabei im Zentrum Europas – geografisch, wirtschaftlich, politisch. Und als größte Volkswirtschaft, als bevölkerungsreichstes EU-Land und als stabile Demokratie trägt Deutschland eine besondere Führungsverantwortung. Unsere Partner

erwarten, dass Deutschland nicht nur reagiert, sondern agiert – strategisch, entschlossen und solidarisch.

Berlin, die Hauptstadt dieses Landes, ist nicht nur Symbol dieser Verantwortung, sondern auch operatives Zentrum: für Regierungsführung, Verteidigungskoordination und Krisenmanagement. Hier befindet sich der Deutsche Bundestag, zentrale Einrichtungen der Bundesregierung, der Sicherheitsbehörden, diplomatische Vertretungen, der Bundesrat und der Sitz des Bundespräsidenten. Eine wehrhafte Republik braucht eine verteidigungsbereite Hauptstadt.

Daraus folgt: Berlin muss vorbereitet sein. Die Hauptstadt muss sich auf hybride Bedrohungen, gezielte Desinformationskampagnen, Angriffe auf kritische Infrastrukturen und nicht zuletzt auf militärische Szenarien einstellen. Das bedeutet nicht Alarmismus, sondern nüchternes sicherheitspolitisches Denken.

Zeitenwende im Denken – Neue Realität anerkennen.

Der Krieg gegen die Ukraine ist nicht nur ein Krieg gegen ein Nachbarland Russlands. Es ist ein Krieg gegen die europäische Ordnung, gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker, gegen Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Russland führt diesen Krieg nicht allein mit Panzern und Raketen. Es ist auch ein hybrider Krieg – mit Cyberangriffen, Sabotageakten, gezielter Desinformation und der systematischen Schwächung demokratischer Gesellschaften. Diese Taktiken treffen längst auch Deutschland – und Berlin als Hauptstadt ganz besonders.

Berlin darf nicht länger davon ausgehen, dass Krisen und Kriege an der Landesgrenze haltmachen. Auch in Deutschland müssen kritische Infrastrukturen, Kommunikationssysteme und die Resilienz der Zivilgesellschaft gegenüber hybriden Bedrohungen gestärkt werden. Die Hauptstadt muss vorbereitet sein – auf Desinformation, Sabotage, Cyberattacken und schlimmstenfalls auch physische Angriffe.

Berlins Verwaltungen, Infrastrukturen, Regierungseinrichtungen, Medienzentren und Kommunikationsnetze sind potenzielle Ziele. Unsere offene Gesellschaft ist angreifbar. Wer das ignoriert, handelt verantwortungslos.

Im Rahmen der Verwaltungsreform, muss die Resilienz auf zahlreichen Ebenen gestärkt, bzw. implementiert werden. Dies gilt insbesondere beim Katastrophenschutz.

Die Friedensdividende ist aufgebraucht

Nach dem Ende des Kalten Krieges hat Deutschland – wie viele europäische Länder – die vermeintliche Friedensdividende genossen. Verteidigungsbudgets wurden gekürzt, Wehrpflicht und Zivilschutz abgebaut, militärische Infrastruktur rückgebaut. Das schien in einer Welt, die sich auf Dialog und multilaterale Zusammenarbeit konzentrierte, vernünftig.

In Berlin wurden Luftschutzbunker geschlossen, Reservestrukturen vernachlässigt, Schutzpläne sind inzwischen veraltet oder gänzlich abgeschafft.

Doch dieser sicherheitspolitische Optimismus war trügerisch und in der Rückschau ein Fehler. Das Bewusstsein für und die Institutionen selbst, die unsere Freiheit sichern, wurden über Jahre hinweg geschwächt. Heute erleben wir die Folgen: Bundeswehr und Katastrophenschutz sind überlastet, Notfallpläne fehlen, Vorratshaltung ist unterentwickelt, und auch in der Bevölkerung fehlt oft das Bewusstsein für den Ernst der Lage.

Eine Rückbesinnung auf Resilienz – sowohl staatlich als auch gesellschaftlich – ist dringend notwendig. Denn der nächste große Krisenfall kann schneller kommen, als wir denken: sei es durch Cyberangriffe, Stromausfälle, Sabotage, Terroranschläge oder den Ausbruch eines größeren Konflikts in Europa.

Was in Friedenszeiten als pragmatische Politik erschien, ist in der heutigen Lage ein Sicherheitsrisiko. Wir müssen anerkennen: Freiheit, Frieden und Sicherheit kosten. Sie erfordern politische Führung, Mut zur Prioritätensetzung und die Bereitschaft, unbequeme Entscheidungen zu treffen. Berlin muss in dieser Situation vorangehen.

Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben war und ist **notwendig, überfällig und richtig**. Nur durch massive Investitionen in militärische und zivile Sicherheit kann Deutschland seiner Führungsrolle gerecht werden. Wer Sicherheit will, muss sie sich leisten.

Für den Bund und Berlin bedeutet das konkret:

- Wiederaufbau von Resilienzstrukturen,
- Investitionen in den Schutz kritischer Infrastruktur,

- Koordination mit Bund und Bundeswehr,
- und die Stärkung der zivilgesellschaftlichen Vorsorge.
- Überprüfung der Zustände und Wiederertüchtigung der Luftschutzbunker in Berlin
- Aktualisierung der Schutzpläne und Vorbereitung der Notfallpläne
- Informierung der zivilen Bevölkerung über die Schutzmöglichkeiten

Die Hauptstadt muss wieder ein Zentrum der Sicherheitsvorsorge werden – nicht nur im militärischen, sondern auch im zivilen Bereich. Dazu gehören der Schutz öffentlicher Gebäude, Investitionen in Notfalllogistik, die Vorbereitung von Verwaltungsstrukturen auf Krisenlagen und die Stärkung des Zivilschutzes.

Gemeinsam mit unseren Partnern: NATO, EU und Verbündete

Die Sicherheit Deutschlands ist untrennbar mit der Stärke unserer Bündnisse verbunden. Die NATO ist und bleibt das Rückgrat unserer Verteidigung. Es ist nicht zu unterschätzen, wie wichtig die militärische Abschreckung und die Geschlossenheit des Bündnisses sind.

Jede Möglichkeit unsere Verteidigungsfähigkeit und Resilienz zu erhöhen muss wahrgenommen werden. Insbesondere von den Erfahrungen unserer Partnerstadt Kiew, soll Berlin im Bereich des Katastrophenschutzes profitieren können.

Auch die Europäische Union hat sicherheitspolitisch an Bedeutung gewonnen – durch die gemeinsame Unterstützung der Ukraine, durch Koordinierung von Sanktionen und durch die Weiterentwicklung der gemeinsamen Verteidigungspolitik.

Deutschland muss in diesen Bündnissen eine aktivere Rolle einnehmen.

Von unseren polnischen Nachbarn lernen

Besonders wichtig ist dabei auch der Austausch mit unseren Nachbarstaaten, in erster Linie Polen. Polen ist unser wichtigster Partner an der Ostflanke der NATO. Kein anderes EU-Land hat in den letzten Jahren so konsequent in seine Verteidigung investiert. Polen baut ein modernes, starkes Militär auf, stockt seine Rüstungsausgaben auf über 4 % des BIP auf, errichtet Grenzschutzanlagen und treibt gemeinsam mit den USA und der NATO die Verstärkung der Abschreckung im Osten voran.

Polen ist zugleich **logistische Brücke und sicherheitspolitischer Schutzschild** für das Baltikum. Ohne Polen wäre eine militärische Unterstützung der baltischen Staaten –

etwa über den Suwalki-Korridor – kaum möglich. Das weiß auch Russland, und deshalb versucht der Kreml, Polen gezielt mit hybriden Angriffen unter Druck zu setzen.

Für Berlin bedeutet das:

- Eine starke sicherheitspolitische Partnerschaft mit Polen ist im deutschen Eigeninteresse.
- Polen erwartet zu Recht, dass Deutschland – insbesondere seine Hauptstadt – die Bedrohungslage ernst nimmt.
- Berlin und Warschau müssen enger zusammenarbeiten: militärisch, zivil, strategisch.
- Das Berlin vom Bund als logistische Plattform für mögliche Bündnisverstärkungen erüchtigt wird.

Die CDU-Fraktion Berlin setzt sich daher dafür ein, dass Berlin gezielt Partnerschaften mit polnischen Städten und Regionen in sicherheitsrelevanten Bereichen aufbaut – etwa im Katastrophenschutz, in der zivil-militärischen Zusammenarbeit oder im Bereich der Cybersicherheit.

Berlin und das Baltikum – Eine Partnerschaft für die Freiheit

Das wiedervereinigte Berlin weiß, was es heißt, jahrzehntelang Teil eines sicherheitspolitisch umkämpften Raums zu sein. Unsere Stadt hat die Konfrontation der Systeme erlebt – und die Kraft der Freiheit gespürt. **Gerade deshalb sind wir den baltischen Staaten verbunden.**

Vilnius und Riga sind näher an Berlin als Paris. **Estland, Lettland und Litauen** stehen wie kaum eine andere Region Europas unter permanentem Druck durch Russland. Sie wissen, was es bedeutet, ihre Souveränität unter der Bedrohung eines aggressiven Nachbarn behaupten zu müssen. Truppenbewegungen, logistische Versorgung und politische Koordination im Bündnisfall werden auch über Berlin laufen müssen. Gleichzeitig sind sie beeindruckende Vorbilder für Resilienz:

- Die baltischen Staaten führen regelmäßig **Zivilschutzübungen** mit ihrer Bevölkerung durch.
- Sie setzen auf **digitale Verteidigungsfähigkeit, Energieunabhängigkeit und breite gesellschaftliche Vorbereitung** auf Ernstfälle.

- Sie sprechen eine klare sicherheitspolitische Sprache – ohne Illusionen.

Berlin sollte aus diesen Erfahrungen lernen und gleichzeitig Solidarität zeigen. Die baltischen Staaten wünschen sich einen sicherheitspolitisch klaren, verlässlichen Partner in Deutschland – und Berlin sollte dieser Partner sein.

Berlin kann dabei von den baltischen Erfahrungen profitieren – durch:

- strategischen Dialog auf Verwaltungsebene,
- Austauschprogramme im Bereich Zivil- und Katastrophenschutz,
- gemeinsame Übungen mit NATO-Partnern,
- gezielte Kooperation zwischen Bildungseinrichtungen, Reservistenverbänden und Behörden.
- Kooperationsprojekte zum Beispiel im Bereich IT-Sicherheit.

Die CDU-Fraktion Berlin schlägt vor:

- Die Durchführung einer Berliner Sicherheits- und Freiheitskonferenz. Ein Fokus soll dabei auf Ostpartnerschaften gelegt werden. Die Konferenz soll jährlich stattfinden und Fachleute aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Sicherheitsbehörden zusammenbringen.

Die Achse Berlin–Warschau–Vilnius–Riga–Tallinn ist sicherheitspolitisch zentral für Europa. Polen und das Baltikum können auf uns zählen – weil wir wissen: Ihre Sicherheit ist auch unsere.

Für einen Schutzschirm über Berlin

Die vergangenen Jahre haben eindrucksvoll gezeigt, wie zentral Flugabwehr im 21. Jahrhundert wieder geworden ist. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine geht mit massiven Angriffen aus der Luft einher: Marschflugkörper, ballistische Raketen und Drohnen treffen gezielt Städte, Energieanlagen, Regierungseinrichtungen – Tag für Tag. Auch im Nahen Osten wird deutlich, wie komplexe Bedrohungslagen durch Luftverteidigung entschärft werden können. Der **Iron Dome in Israel** gilt weltweit als Musterbeispiel dafür, wie technologisch vernetzte und reaktionsschnelle Systeme Leben retten und Infrastruktur schützen können.

Aktuell verfügt Berlin über **keine flächendeckende Luftverteidigung**. Im Ernstfall wären die Berlinerinnen und Berliner akut gefährdet. Der Schutz vor Angriffen aus der Luft ist längst keine militärische Randfrage mehr, sondern eine **zentrale sicherheitspolitische Aufgabe** – insbesondere für Hauptstädte wie Berlin.

Mit dem **Iron Dome demonstriert Israel**, wie technische Leistungsfähigkeit, Frühwarnung und Reaktionsschnelligkeit kombinierbar sind, um Städte effektiv zu schützen. Um Berlin so wirkungsvoll zu schützen wie Tel Aviv durch den **Iron Dome**, braucht es mehr als Technik. Es braucht ein strategisch aufgestelltes Gesamtsystem, dazu gehört:

- **Dezentrale Stationierung moderner Luftabwehrsysteme** und Identifikation geeigneter Standorte in und um Berlin für IRIS-T- und Patriot-Batterien
- Technische Infrastruktur für deren Kommunikation, Zielverfolgung und Energieversorgung sicherstellen
- Kurz- und Mittelstreckenabwehr muss kombiniert werden, um auch massive Angriffswellen abfangen zu können
- Integration ziviler und militärischer Frühwarnsysteme in ein gemeinsames Lagebild
- Öffentliche Warnsysteme erweitern und modernisieren (Sirenen, Apps, Digitalanzeigen)

Mit dem **European Sky Shield Initiative (ESSI)** treibt Deutschland gemeinsam mit über 20 europäischen Partnerstaaten bereits den Aufbau eines mehrschichtigen Luftverteidigungssystems, ähnlich wie der Iron Dome, voran. Geplant ist die Integration bestehender und neuer Systeme, darunter:

- **IRIS-T SLM** (mittlere Reichweite, hochpräzise),
- **Patriot PAC-3** (gegen Raketen mittlerer bis hoher Reichweite),
- **Arrow-3** (Abwehr ballistischer Bedrohungen im oberen Atmosphärenbereich).

Das Ziel: ein koordinierter europäischer Schutzschirm.

Die **European Sky Shield Initiative (ESSI)** ist eine historische Chance, Europas Sicherheitsarchitektur neu und solidarisch aufzubauen. **Berlin muss darin eine sichtbare Rolle spielen – technisch, politisch und strategisch.** Berlin muss darin gezielt verankert werden. Berlin braucht einen eigenen Schutzschirm.

Bisher ist **Berlin nicht als expliziter ESSI-Stationierungsstandort öffentlich benannt – das sollte sich ändern.**

Wir fordern:

- Die stationierte Einbindung modernster Luftabwehrsysteme im Berliner Umland,
- Den Aufbau eines integrierten Luftlagemanagements,
- Und die politische Priorisierung Berlins im nationalen und europäischen Schutzkonzept.

Die Sicherheit und das Überleben der Menschen unserer Stadt hängt vom Schutz unserer überlebenswichtigen Infrastrukturen in Berlin ab. Wasserwerke, Stromversorgungsinfrastruktur uvm. müssen insbesondere im Spannungs- und Verteidigungsfall geschützt werden. Dazu sind die Heimatschutzkräfte der Bundeswehr zu stärken. Das sind hauptsächlich Berliner Reservisten. Die Bundeswehr hat soeben in Berlin die Heimatschutzdivision aufgestellt, die für den Heimatschutz in ganz Deutschland zuständig ist. Berlin braucht ein eigenes Heimatschutzregiment, das für den Schutz überlebenswichtiger Infrastrukturen in Berlin bereitsteht. Deshalb soll der Senat von Berlin dafür Sorge tragen, dass die Heimatschutzdivision und das zukünftige Heimatschutzregiment Berlin und die Berliner Heimatschutzkräfte auch in Berlin untergebracht werden können. Dazu sollten bevorzugt die derzeitigen Liegenschaften der Bundeswehr, insbesondere die Julius-Leber-Kaserne und Tegel-Nord geprüft und etwaige denkmalrechtliche Hindernisse für militärische Bauvorhaben beseitigt werden. Ggfs. soll die Bundeswehr bei der Suche nach weiteren Liegenschaften unterstützt werden.

Ferner soll die Bundeswehr bei der Gewinnung von Reservisten für die Heimatschutzkräfte und die Kreisverbindungskommandos unterstützt werden. Respekt und Rückhalt für unsere Soldatinnen und Soldaten – Das Ansehen der Bundeswehr in der Gesellschaft stärken

Die Bundeswehr ist ein unverzichtbarer Pfeiler unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie schützt unser Land, unsere Werte und unsere Bündnispartner – im Inneren wie im Äußeren. Angesichts wachsender sicherheitspolitischer Bedrohungen und der neuen Rolle Deutschlands in Europa ist eine starke Bundeswehr wichtiger denn je.

Doch trotz ihres Einsatzes genießt die Bundeswehr in Teilen der Gesellschaft nicht die Wertschätzung, die sie verdient. Das ist nicht hinnehmbar.

Das **Bundesministerium der Verteidigung** hat seinen zweiten Dienstsitz in Berlin. Hier werden sicherheitspolitische Strategien entwickelt, abgestimmt und mit internationalen Partnern koordiniert.

Zudem ist Berlin Sitz des **Territorialen Führungskommandos der Bundeswehr**, das bei Inlandseinsätzen und im Katastrophenschutz eine Schlüsselrolle spielt.

Auch das **Bundeswehrkrankenhaus** leistet medizinische Versorgung auf höchstem Niveau – für Soldatinnen und Soldaten und in zivilen Notlagen.

Mit mehreren tausend aktiven Kräften und Kräften der Reserve ist die Bundeswehr fest in Berlin verankert.

Für viele Menschen – gerade in Großstädten wie Berlin – ist die Bundeswehr im Alltag trotzdem kaum präsent. Wer keinen persönlichen Bezug hat, begegnet ihr weder auf der Straße noch in der Schule oder im Beruf. Dort, wo Nähe fehlt, wachsen Vorurteile. Das trägt dazu bei, dass überholte Klischees und ein verzerrtes Bild unserer Streitkräfte entsteht oder bestehen bleibt.

Über viele Jahre hinweg haben Regierungen – auch aus Angst vor politischen Angriffen – die Bundeswehr nur zurückhaltend kommuniziert. Verteidigung wurde oft als nachrangiges Thema behandelt. Die Folge war ein Image als ineffizienter Kostenfaktor oder „Skandalinstitution“ – statt als moderner Schutzfaktor der Demokratie.

Berlin trägt Verantwortung – auch für die Anerkennung und Integration unserer Parlamentsarmee in das gesellschaftliche Leben dieser Stadt.

Durch feierliche Gelöbnisse in der Öffentlichkeit, wie vor dem Berliner Abgeordnetenhaus wird inzwischen mehr Sichtbarkeit geschaffen.

Wir würdigen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die öffentlichen feierlichen Gelöbnisse vor dem Berliner Abgeordnetenhaus. Sie setzen ein sichtbares Zeichen der Verbundenheit zwischen Bundeswehr, Berliner Politik und Stadtgesellschaft. Diese Formate stärken das Vertrauen in unsere Parlamentsarmee und verdienen breite öffentliche Unterstützung.

Unsere Bundeswehr und ihre Soldatinnen und Soldaten, die unserem Land dienen verdienen Respekt und Rückhalt! Berlin schützt sich – für Sicherheit und Freiheit

Verteidigungsbereitschaft ist kein rein militärischer Begriff. Es geht um die Fähigkeit eines Staates, Bedrohungen zu erkennen, abzuwehren und sich im Ernstfall selbst zu schützen – mit allen Mitteln der Demokratie, des Rechtsstaats und der technischen Innovation.

Die CDU-Fraktion Berlin bekennt sich zu einer aktiven, verantwortungsbewussten Sicherheitspolitik. Wer Freiheit und Frieden bewahren will, muss entschlossen für sie eintreten – nicht nur im Bund, sondern auch auf Landesebene.

Unsere Forderungen für ein verteidigungsbereites Berlin:

1. Zivilschutz und Katastrophenschutz modernisieren

- Aufbau eines flächendeckenden Sirenen- und Warnnetzes
- Wiederherstellung von Schutzräumen und Notunterkünften
- Ausbau und Modernisierung von Notfalllagern,
- Verbesserung der Abstimmung zwischen Landesbehörden, Bundeswehr und THW.

2. Kooperation mit Polen und dem Baltikum ausbauen

3. Kritische Infrastruktur besser schützen

- Schutzkonzepte für Energie-, Wasser-, IT-, Verkehr und Regierungsgebäude
- Ausbau der Cyberabwehr auf Landes- und Bezirksverwaltungsebene
- Schutz diplomatischer Einrichtungen und ausländischer Medien

4. Bürgergesellschaft stärken

- Schulung der Bevölkerung zu Notfallvorsorge und Selbstschutz
- Einführung von Resilienzbildung an Schulen
- Öffentliche Informationskampagnen für mehr Sicherheitsbewusstsein

5. Cyber- und Drohnenabwehr

- Einrichtung eines ständigen IT-Lagezentrums für Verwaltung, kritische Infrastruktur und Notfalldienste
- Echtzeit-Monitoring sensibler IT-Systeme

- Aufbau eines Radar-basierten Detektionssystems für unbemannte Flugobjekte in besonders gefährdeten Arealen.
- Anschaffung und Ausbau von Drohnenabwehrsystemen sowie Störsendern (Jamern)
- Ausweitung von Drohnenverbotszonen in der Nähe kritischer Infrastrukturen

6. Bundeswehr stärken

- Förderung von Infrastruktur, die im Ernstfall eine militärische Mobilisierung erlaubt
- Ausbau von Bundeswehr- und Reservistenstrukturen in der Hauptstadt unterstützen
- Unterstützung der Bundeswehr in Berlin und Umgebung – durch Flächen, politische Rückendeckung und Integration in Krisenstrukturen
- Stärkere Einbindung der Bundeswehr in die Hauptstadtgesellschaft, z. B. durch Partnerschaften zwischen Bezirken und Einheiten
- Ein klares gesellschaftliches Bekenntnis: Wer in Uniform dient, verdient Respekt – nicht Misstrauen oder Ablehnung.

Berlin muss jetzt zeigen, dass es seine Rolle in der europäischen Sicherheitsarchitektur wahrnimmt – nicht durch Alarmismus, sondern durch Entschlossenheit, Verantwortung und Solidarität.

Deutschland hat aus seiner Geschichte gelernt: Nie wieder Krieg – aber auch nie wieder Wehrlosigkeit. Die Bundesrepublik hat sich den Werten der Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und der Bündnissolidarität verschrieben. Diese Werte sind heute akut bedroht – und es liegt an uns, sie zu schützen.

CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin

-  Telefon: (030) 23 25 21 15
-  Telefax: (030) 23 25 27 65
-  mail@cdu-fraktion.berlin.de
-  www.cdu-fraktion.berlin.de